

## Frieden für Afghanistan - Keine Verlängerung der Bundeswehreinsätze!

„... dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“  
(Wolfgang Borchert, 1947)

Im September und Oktober steht die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an dem NATO-Krieg „Operation Enduring Freedom“ und dem UN-mandatierten ISAF-Einsatz auf der Tagesordnung im Bundestag. Erneut steht die Entscheidung Krieg oder Frieden an. Aus diesem Anlass bekräftigen wir unser entschiedenes NEIN zum Krieg. Die proklamierten Ziele der Militäreinsätze - Terrorismusbekämpfung sowie Demokratisierung und Wiederaufbau - sind nicht erreicht. Im Gegenteil: Die Lage im Land verschlechtert sich zusehends und in Afghanistan selbst, in Deutschland und weltweit wird der Krieg aus guten Gründen mehrheitlich abgelehnt. Mit dem 2001 von der US-Regierung begonnenen völkerrechtswidrigen „Krieg gegen den Terror“ sollen die Einfluss-Sphären der USA und ihrer Verbündeten im Nahen - und Mittleren Osten erweitert werden. Eine Politik zur militärischen Absicherung ökonomischer und geostrategischer Interessen lehnen wir ab. Sie kann nicht zum Frieden führen.

Afghanistan ist heute von demokratischen Verhältnissen weit entfernt. In den meisten Regionen herrschen Warlords und Drogenbarone; Gewalt, Terror und Drogenhandel beherrschen den Alltag. Die Bevölkerung, die immer häufiger Zielscheibe der Angriffe ist, lebt

in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Durch den Tornado-Einsatz wurde die - seit Anbeginn betriebene - deutsche Kriegsbeteiligung ausgeweitet und die Verquickung von OEF und ISAF fortgeführt. Deutschland beteiligt sich damit an der militärischen Eskalation und nimmt den Tod vieler weiterer Menschen, auch deutscher Soldaten, in Kauf.



An Stelle der von wirtschaftlichen Interessen geleiteten militärischen Machtpolitik müssen Abrüstung, zivile Konfliktregulierung und diplomatische Verhandlungen treten. Nur so können die gewaltigen Probleme gelöst werden. Der zivile Wiederaufbau in Afghanistan sowie eine humane Entwicklung können überhaupt erst gelingen, wenn der Krieg beendet ist. Was Afghanistan braucht, ist Frieden als Voraussetzung für eine souveräne Demokratie. Die Kriegsschäden müssen durch die Krieg führenden Staaten beseitigt, alle Truppen müssen abgezogen und die somit frei werdenden Mittel für humanitäre

Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, dagegen nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt.

Die Beendigung der Bundeswehreinsätze kann ein erster Schritt zum Frieden sein. Das würde auch die Bush-Administration unter Druck setzen, die US-Truppen ebenfalls zurückzuziehen. Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, einer Mandatsverlängerung nicht zuzustimmen! Demonstration am 15. September 2007 in Berlin

### **Teilnahme an der Demonstration**

Der Stadtverband DIE LINKE. Leipzig stellt für die Fahrt zu dieser Demonstration einen Bus zur Verfügung (Abfahrt 6:00 Uhr, Goethestraße). Teilnehmerbeitrag 10 Euro (ermäßigt 5 Euro). Eine verbindliche Anmeldung dafür ist im Liebknecht-Haus oder unter Telefon 14064411 möglich.

### **Unterschriftenlisten**

Im Liebknecht-Haus sind Unterschriftenlisten erhältlich, auf denen gegen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan protestiert werden kann.

## 1. Stadtparteitag - veränderter Termin

Der Stadtvorstand hat in seiner Sitzung am 17. Juli 2007 beschlossen, dass der Stadtparteitag, welcher ursprünglich für den 15. September 2007 einberufen wurde, um eine Woche verschoben wird. Der neue Termin ist daher der 22. September 2007. Ort und vorläufige

ge Tagesordnung haben weiterhin Bestand. Der Antragsschluss für Anträge an den 1. Stadtparteitag ist der 4. September 2007, 18:00 Uhr. Danach können nur noch Initiativ- oder Dringlichkeitsanträge eingereicht werden. Auch wenn Änderungsanträge zu den vorlie-

genden Dokumentenentwürfen (Satzung, Finanzordnung) noch bis zum Stadtparteitag möglich sind, würden wir bitten, Änderungsanträge gleichfalls bis zum 4. September in der Geschäftsstelle der LINKEN im Liebknecht-Haus einzureichen, damit diese noch allen Delegierten rechtzeitig zur Kenntnis gegeben werden können.

## Erweiterter Vorstand DIE LINKE. Leipzig durch Landesvorstand bestätigt

Der Landesvorstand hat dem Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig sieben Mitglieder (kursiv gedruckt) der vormaligen WASG beigeordnet. Dieser erweiterte Vorstand wird die Geschäfte nunmehr bis zur Neuwahl des Stadtvorstandes am 22. September 2007 führen. Dem Stadtvorstand gehören nunmehr an: Dr. Volker Külöw (Vorsitzender)

Stefanie Götze (stv. Vorsitzende)  
Reinhard Grützner (stv. Vorsitzender)  
Elke Gladysz (Schatzmeisterin)  
Dr. Keith Barlow  
*Jochen Beißert (Sprecher WASG)*  
Martin Bertram  
Maritta Brückner  
Steffi Deutschmann  
Tina Götze

Christine Halle  
*Sylvia Höhne*  
*Jörg Kufka*  
*Axel Kühn*  
Gerhard Lauter  
Darina Mai  
Michael Nimz  
Sören Pellmann  
*Enrico Stange*  
*Ralf Stautenberg*  
*Wolfgang Teske*  
Maria Wendt

## Oberbürgermeister Jung auf Geisterfahrt am Rande des Sumpfes

### Stinkt der Akteninhalt zum Himmel, trägt das Archiv keine Schuld

Endlich erregen den Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung die einschlägigen landespolitischen Vorgänge mit Sprengkraft. Dass er nach Wochen der Sprachlosigkeit meint, hinsichtlich der kriminellen und korruptiven Netzwerke in Sachsen dahingehend einen Ansatzpunkt gefunden zu haben, indem er von einer Affäre des Verfassungsschutzes spricht, ist allerdings höchst merkwürdig. Jung sollte sich nicht wundern, dass DIE LINKE den ermittelten Inhalten mehr Aufmerksamkeit schenkt und vorerst weniger den Ermittlern. Es sollte ehrlicher Weise immer noch gelten, dass kein Skandal des Archivs vorliegt, wenn der Inhalt zum Himmel stinkt, der im Archiv abgelegt ist.

Wichtige Informationen über die organisierte Kriminalität in Sachsen können nicht deshalb von der LINKEN ignoriert werden, weil sie in Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung als Opposition im Landtag das Gesetz für verfassungswidrig hielt, das dem Verfassungsschutz seit Anfang 2004 das Sam-

meln dieser Daten vorübergehend erlaubte. Es ist deshalb dreist und grenzt an eine Geisterfahrt am Rande des Sumpfes, wenn das Leipziger Stadt- oberhaupt via LVZ-Interview Entrüstung mimt und der LINKEN eine bigotte Haltung zum Staat andichtet.

Unbeschadet der pseudoreligiösen Verbrämung dieser absurden Vorwürfe mit dem Bannstrahl der Bigotterie durch den studierten Religionslehrer Jung waren es bekanntlich höchst irdische Fallkomplexe, die der Verfassungsschutz da ins Visier nahm. Nicht zuletzt deshalb hat ja auch die SPD-Landtagsfraktion dem Untersuchungsausschuss den Weg frei gemacht.

Es könnte im übrigen der Leipziger Oberbürgermeister in eigener Sache manches zur Aufklärung beitragen, wie

alle aufgeweckten Leipziger in dieser Woche in diversen Medienberichten nachlesen konnten. Sein eigenartiges Verhältnis zu dem schillernden Leipziger Bauunternehmer Steffen Göpel bietet genug Anlass zu allerlei interessanten Mutmaßungen, z. B. aus welchen dubiosen Immobiliengeschäften - mal mit der LWB und mal ohne sie - die sagenhaften Geldbeträge jenes Mannes stammen und wo sie in der Vergangenheit teilweise hinflossen.

Und noch eines: ein Oberbürgermeister, der eine politische Großbaustelle nach der anderen aufreißt, kann leicht den Überblick verlieren, welche strategischen Ziele der Kommunalpolitik wirklich wichtig sind. Ob er allerdings die CDU als geeignete Vollzeit-Bauhilfsarbeiter heranzieht, sollte sich Burkhard Jung in seinem gerade anbrechenden Urlaub in aller Ruhe sehr genau überlegen.

*Dr. Volker Külöw / Dr. Dietmar Pellmann*

### neue web-Adresse DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE. Stadtverband Leipzig ist ab sofort im Internet unter der Adresse: [www.die-linke-in-leipzig.de](http://www.die-linke-in-leipzig.de) zu finden.

Die Email-Adresse des Stadtvorstandes lautet:

[vorstand@die-linke-in-leipzig.de](mailto:vorstand@die-linke-in-leipzig.de)

# Studie zu drohender Altersarmut in Sachsen / Pellmann: Im Jahr 2020 wird jeder vierte Rentner arm sein

Auf einer Pressekonferenz am 29. Juni 2007 stellte der sozialpolitische Sprecher der Linksfraktion im Sächsischen Landtag Dr. Dietmar Pellmann eine von ihm erarbeitete Kurzstudie zu drohender Altersarmut sowie den Entwurf eines Seniorenmitwirkungsgesetzes vor und erklärte:

Für die Erarbeitung der heute vorgelegten Kurzstudie „Zur gegenwärtigen Situation und Perspektive sächsischer Rentnerinnen und Rentner“, die das Problem bereits bestehender und drohender Altersarmut aufgreift, gab es mehrere Anlässe:

1. wollen wir damit untermauern, wie notwendig ein sächsisches Seniorenmitbestimmungsgesetz ist, um damit bessere Rahmenbedingungen für die selbst bestimmte Interessenvertretung älterer Menschen zu schaffen.
2. ging es uns um eine Vorarbeit, um den Sozial- bzw. Lebenslagenreport der Staatsregierung, der bereits seit Dezember vergangenen Jahres vorliegt, aber bislang geheim gehalten wurde, besser kritisch bewerten zu können.
3. sollte damit unsere Position gegen die bislang von der Staatsregierung vertretene Haltung bekräftigt werden, dass es in Sachsen bestenfalls versteckte Armut gäbe, weil gewährte Sozialleistungen Armut verhindern würden.
4. beabsichtigten wir zu bewerten, welche Wirkung die am 1. Juli vorgesehene Rentensteigerung um 0,54 Prozent auf die reale Einkommenslage sächsischer Rentnerinnen und Rentner hat.

Insgesamt kommt die Kurzstudie zu folgenden Kernaussagen:

- Die Datenbasis für eine detaillierte Beschreibung der verschiedenen Lebenslagen älterer Menschen ist sehr lückenhaft. Vieles wird von der einschlägigen Statistik entweder verschleiert oder gar nicht erfasst, so dass eigentlich nur soziologische Befragungen wirklich weiter helfen würden.
- Sachsen ist das Bundesland mit der ältesten Bevölkerung. Daraus erwächst

die politische Verantwortung, sich den Problemen älterer Menschen früher und nachdrücklicher zuzuwenden.

- Im Unterschied zur bisherigen Auffassung der Staatsregierung gibt es bereits gegenwärtig Altersarmut, die bei ca. 15 Prozent, damit jedoch noch etwas unter der allgemeinen Armutsquote im Freistaat liegt.

- Die durchschnittliche Situation der Rentner hat sich seit Mitte der neunziger Jahre vor allem dadurch verschlechtert, dass immer mehr Menschen mit unterbrochener Erwerbsbiografie in den Ruhestand gingen und der so genannte Eckrentner mit 45 Arbeits- und Beitragsjahren immer seltener ist.

- Die Quote der Altersarmut wird 2020 in Sachsen bei mindestens 25 Prozent liegen. Damit bestätigen sich die Aussagen einer jüngst vorgelegten OECD-Studie, nach der Deutschland unter 30 Industriestaaten das schlechteste Verhältnis von Arbeitseinkommen und späterer Rente haben wird. Entscheidende Ursachen, die bereits heute wirken, sind die Langzeitarbeitslosigkeit, die zwangsweise Frühverrentung von älteren Beziehern des Arbeitslosengeldes II, die steigende Zahl von geringfügig Beschäftigten, das kaum gestiegene Reallohniveau und die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre.

- Angesichts der realen Rentenverluste ist die am 1. Juli erfolgte Steigerung um 0,54 Prozent ein Hohn. Seit Anfang 2004 ist das reale Rentenniveau um durchschnittlich 10 bis 12 Prozent gesunken. Wir haben es also mit staatlich verordneten Rentenverlusten zu tun. Wenn es nicht zu einem grundlegenden Umsteuern kommt, wird sich dieser Trend in den nächsten Jahren fortsetzen.

- Die durchschnittlichen Alterseinkünfte der Rentnerinnen und Rentnern in den neuen Bundesländern liegen etwa um ein Fünftel unter denen in den alten Bundesländern. Ein Grund dafür ist, dass der aktuelle Rentenwert Ost seit Jahren bei 88 Prozent des aktuellen Rentenwerts West verharrt.

Mit dem Entwurf eines Seniorenmitwirkungsgesetzes beschreiten wir in gewissem Sinne Neuland. Ein solches Gesetz gibt es bislang nur in Berlin. Unser Entwurf ist im wahrsten Sinne des Wortes von der Basis, spricht von Vertretern aus Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Seniorenvertretungen mit erarbeitet worden. Bei uns sind fast 50 z. T. sehr umfangreiche Stellungnahmen mit mehr als 200 Einzelschlägen aus ganz Sachsen eingegangen. Allein daraus kann schon abgeleitet werden, dass es ein dringendes Bedürfnis nach einem solchen Gesetz gibt. Im Einzelnen enthält der Entwurf folgende Regelungen:

- In den sächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten muss es Seniorenvertretungen geben, die aus mindestens 11 Mitgliedern bestehen. Im Einvernehmen mit dem Stadtrat oder dem Kreistag beruft der Landrat bzw. Oberbürgermeister die Mitglieder der Vertretung für eine Wahlperiode. Die Vertretungen verstehen sich als Interessenvertreter älterer Menschen und zugleich als Brücke zu den Stadträten und Kreistagen sowie zu Verwaltungen und Behörden.
- Die Landesseniorenvertretung besteht aus Mitgliedern der Seniorenvertretungen der Kommunen.
- Ein Landesseniorenbeirat soll als eine Art Expertengremium den Landtag und die Staatsregierung zu Fragen der Seniorenpolitik beraten.
- In den Gemeinden können Seniorenbeauftragte bestellt werden. Sie sind unabhängig und können an den Sitzungen der Gemeindevertretungen sowie ihrer Ausschüsse mit beratender Stimme teilnehmen.
- In den Landkreisen soll es Seniorenbeauftragte geben.
- Vom Sächsischen Landtag soll aus seiner Mitte für jeweils eine Wahlperiode ein Landesseniorenbeauftragter berufen werden.

## Studie im Internet

Die komplette Studie ist im Internet unter:

[www.dietmar-pellmann.de/  
altersarmut\\_online.pdf](http://www.dietmar-pellmann.de/altersarmut_online.pdf)

abrufbar.



# Linke auf Augenhöhe vereint für Freiheit durch Sozialismus

**Eindrücke von der letzten Tagung eines PDS-Parteitages und vom  
Gründungsparteitag DIE LINKE. in Berlin**

Aus allen Himmelsrichtungen strömten fast 800 Delegierte mit dem klaren Auftrag ihrer Basisorganisationen, den IG, AG und Plattformen sowie von Landesverbänden der Linkspartei.PDS und der



WASG durch die Partieneugründung eine Vereinigung DER LINKEN in Deutschland auf Augenhöhe zu vollenden. Eine solche Vereinigung hatten die anderen Parteien im deutschen Vereinigungsprozess nach der Wende nicht hinbekommen oder wollten es nicht, so dass es nur Anschlüsse gab. Gregor Gysi formulierte es so: „Die Einheit der Linken gehört zwingend zur Einheit Deutschlands... Organisatorisch vollenden wir heute die Einheit Deutschlands.“ Tagungsort war das Kongresszentrum des Hotels Estrel im Berliner Stadtbezirk Neukölln, im Westen der Stadt gelegen mit vielen sozialen Problemen, wie dies nicht nur Städte im Osten betrifft.

Oft ist uns gar nicht bewusst, dass europäische Normalität durch die Linksfraktion im Bundestag seit 2005 bereits existiert. Für die Linkspartei.PDS war es die 3. Tagung des 10. Parteitages seit Gründung der PDS 1990. Dem Ehrenvorsitzenden der Linkspartei.PDS Hans Modrow war auch diesmal die Eröffnungsrede vorbehalten. Er erinnerte an zwei Ereignisse im 20. Jahrhundert, den ersten Weltkrieg und die Ablehnung der Kriegskredite durch Karl Liebknecht, daran dass durch die Spaltung der Arbeiterbewegung der vom Faschismus vom Zaun gebrochene zweite Weltkrieg nicht verhindert

werden konnte. Hans Modrow erinnerte daran, dass die Vereinigung der neuen LINKEN durch eine Urabstimmung des Verschmelzungsvertrages beschlossen wurde. Viele tragen die als Grundkonsens in der PDS beschlossene Idee des demokratischen Sozialismus bis heute und werden sie weitertragen. Er mahnte an, dass Deutschland keine zweite Sozialdemokratie brauche, auch wenn die heutige den Platz frei gemacht habe. Dies zeigen auch Beispiele in anderen europäischen Ländern. Wenn es auch in der neuen Partei vorerst keinen

Ehrenvorsitzenden geben wird, so war doch allen klar, dass auch zukünftig nicht auf den Rat der Älteren verzichtet werden kann. Es ist anzunehmen, dass es ein gleichnamiges Gremium auch zukünftig geben, ebenso wie es auch Arbeits- und Interessengemeinschaften sowie Plattformen geben wird.

In seiner Rede am Freitag stellte Gregor Gysi fest, dass es derzeit eine Kapitalismuskritik in der BRD gibt, wie es diese seit 1949 nicht mehr gab, als selbst die CDU im Ahlener Programm von einer sozial gerechten Gesellschaft sprach. Für ein Leben in Würde braucht es für jeden Erwerbsarbeit zur Bestreitung des Lebensunterhaltes. Dazu bedarf es der Einheit von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Er beschrieb den Weg der PDS in die kapitalistische BRD, wie die Aufarbeitung der DDR-Geschichte erfolgte und neue, für die BRD bisher ungewohnte, Politikansätze erstritten wurden.

Ebenso wie in Dortmund, aber nunmehr zum letzten Mal, fassten beide Parteitage am Freitag getrennte Beschlüsse und stellten jeweils paritätisch ihre Kandidaten für den geschäftsführenden und erweiterten Vorstand auf. Grund-

satzdokumente für die Organisation der Parteiarbeit, wie die Eckpunkte als provisorisches Parteiprogramm, die Bundessatzung, Bundesfinanzordnung und Schiedsordnung waren bereits in Dortmund mit großen Mehrheiten beschlossen worden. Am Donnerstag noch getrennt, traten am Freitag Abend die Arbeitsgremien gemeinsam zur Vorbereitung des Gründungsparteitages zusammen. Da von der WASG nur acht Mitglieder der Antragskommission angehörten, nahmen deshalb seitens der Linkspartei sechs ihrer gewählten 14 Mitglieder ohne Stimmrecht aktiv an der Arbeit teil. Auch wenn im Vergleich zu anderen Parteitagungen nur wenige Änderungsanträge vorlagen, da nur die Wahlordnung der neuen Partei beschlossen wurde, so waren doch einige Initiativanträge zu beraten und dem Parteitag zur Abstimmung oder Verweisung in den Parteivorstand vorzuschlagen.

Gregor Gysi sprach in seiner Eröffnungsrede auf dem Gründungsparteitag von seinen verschiedenen Erfahrungen auf den Parteitagungen in Dortmund: „Die WASG war etwas jung, nervös und hibbelig. Die Linkspartei.PDS war älter, etwas souveräner und seriöser, manchmal auch zum Einschlafen neigend. ...Wir könnten eine tolle Mischung hinglegen. Die einen kriegen einen Schuss Seriösität und die anderen einen Schuss Lebendigkeit. Lasst es uns versuchen, uns den Kopf zu zerbrechen, aber dass wir es als Chance ansehen und sagen, wir sind und wir bleiben neugierig aufeinander. Dann kann das Ganze ein Gewinn werden, und genau das müssen wir hinkriegen.“ Oskar Lafontaine erinnerte an den Ausspruch „Ein Sozialist muss nicht Christ sein, aber ein Christ muss Sozialist sein.“ Zur Tradition sagte er als ehemaliger



Vorsitzender der SPD, dass DIE LINKE in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung steht, jener die gegen das Sozialistengesetz gekämpft hat, die in Hitlers Konzentrationslagern umkam, den Sozialdemokraten, die in der DDR eingesperrt waren, wie Kommunisten in der BRD verfolgt wurden. Ob Rente, Gesundheit, Steuern, Bundeswehr in Afghanistan oder Arbeitsmarktpolitik – immer entscheiden zwei Drittel des Bundestages gegen die Mehrheit der deutschen Bevölkerung, weshalb wir Volksentscheide fordern. Wenn viele in der BRD sagen, es lohnt sich nicht mehr, weil die da oben machen was sie wollen, müssen wir gegenhalten mit direkter Demokratie, Mitgliederent-



scheidungen, Generalstreik und Glaubwürdigkeit. Glaubwürdigkeit ist das Schwerste. Lasst uns alles versuchen, dass diese Glaubwürdigkeit bei allen Fehlern und Irrungen, die unvermeidlich sind, zum Markenzeichen der neuen LINKEN wird. Mit Majakowki gesprochen werden wir Glaubwürdigkeit haben, wenn wir dem eigenen Lied niemals auf die Kehle treten.

Vieles lernten wir, vor allem in den letzten Monaten, voneinander. Waren wir der Ansicht, dass Gleichberechtigung in der WASG bei Funktionen keine Rolle spielt, so lernten wir, dass in der WASG die Wahlen nur weniger formell erfolgen. Spannung ist deshalb in Zukunft hinsichtlich der tatsächlichen Einbeziehung der Frauen in die Parteiarbeit vorprogrammiert, die von einigen als unzureichend empfunden wird. Auf dem Frauenplenum am Donnerstag wurde über die Kritik von Frauen im Vorfeld des Parteitages diskutiert, weil als Parteivorsitzende mit Lothar Bisky und Oskar Lafontaine zwei Männer gewählt werden sollten. Deshalb ent-

stand die Idee, dass sich zehn Frauen als Kandidaten um den Parteivorsitz bewerben sollten. Nicht zuletzt auch weil sich keine Bewerberin für eine Protestkandidatur und Quotenfrau gefunden hatte, wurde bei einem Glas Wein oder Bier und einem Tänzchen nach guter Musik einer Berliner Frauenband bereits am Donnerstag Abend diese Idee endgültig begraben. Dass vor allem Frauen aus der WASG Probleme mit überzogenem Feminismus haben, zeigte sich in der Abstimmung darüber, ob der Parteitag für eine Beratung des Frauenplenums unterbrochen werden soll. Obwohl dafür nur ein Viertel der gewählten weiblichen Delegierten notwendig ist, wurde dieses

Quorum um eine Stimme verfehlt.

Im Auftreten und Selbstbewusstsein vieler WASG-Mitglieder war deutlich zu spüren, dass sie in Gewerkschaftsfunktionen sowie in Arbeitskämpfen und außerparlamentarischen Aktionen erprobt sind. In den westdeutschen Landesverbänden der neuen LINKEN bringen viele PDS-Mitglieder ihre mittlerweile mehrjährige Erfahrung aus der Arbeit in Kommunalvertretungen und dem Bundestag mit und werden deshalb mit Sicherheit in Zukunft nicht „untergebuttert“. Das sah auch Wolfgang Freyer, langjähriges Mitglied einer unseren Stadtbezirksräten vergleichbaren Bürgervertretung in Essen so. Es ist uns meist nicht präsent, dass allein in Nordrhein-Westfalen 120 Genossinnen und Genossen mit dem Mandat der Linkspartei.PDS in Kommunalvertretungen wirken. Zusammen mit den ehemaligen WASG-Mitgliedern werden sie zukünftig noch stärker Arbeitnehmerinteressen thematisieren. Gleichzeitig kann umgekehrt die SPD-Alleinherrschaft und Ausgrenzung von Linken in Funktionen der ostdeutschen Gewerkschaftsorganisationen endgültig überwunden werden.

Auf dem Gründungsparteitag am Sonnabend war Gregor Gysi in seiner Eröffnungsrede die Freude deutlich anzumerken, als er zahlreiche in- und ausländische Gäste begrüßte. Künstler wie Konstantin Wecker, Frank Castdorf

oder Peter Sodann verbanden ihre künstlerischen Beiträge mit persönlichen Botschaften, in denen sie ihrer Freude zur Parteigründung der LINKEN Ausdruck verliehen.

Das vielleicht größte Geschenk zum Gründungsparteitag brachte die linke Jugend mit, die nur wenige Tage zuvor nach hartem Ringen mit sich selbst den einheitlichen Jugendverband Linksjugend ´Solid und den Studentenbund SDS gebildet hatte. So hat es sich als richtig erwiesen, dass die Partei, wie auch der Leipziger Stadtverband, die Position vertreten haben, solche Verbände nicht per Beschluss zu verordnen. Als gegen 16:40 Uhr endlich die Parteigründung mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung beschlossen war, mischten sich in diesem Moment überschwängliche Freude auch mit etwas Traurigkeit, vor allem bei vielen Delegierten der ehemaligen PDS, darüber dass die Einheit der Linken in Deutschland geschafft war aber, dass auch zahlreiche Genossinnen und Genossen, die viele Jahre dafür mitgekämpft hatten, diesen Tag nicht mehr erleben konnten und deshalb für immer auch zur Erinnerung dieser neuen, unserer Partei gehören sollen. Mag sein, dass der Eintritt einzelner neuer Mitglieder am Tag des Gründungsparteitags organisiert worden war, nicht aber dass innerhalb weniger Stunden gleich mehrere hundert ihren Beitritt zur neuen Partei erklärten.

Wie häufig bei Parteitag, war auch diesmal die Zeit zur Behandlung politischer Initiativanträge zu kurz gefasst. Klare politische Signale sandte die neue Partei mit beschlossenen Anträgen zur Beendigung des Krieges in Afghanistan, gegen die Privatisierung der Deutschen Bahn. Solidarität bekundete der Parteitag mit den von Entlassung bedrohten Quelle/Neckermann Beschäftigten in Nürnberg und Fürth. Da auch Mitarbeiter des Leipziger Quelle-Versandzentrums von Entlassung bedroht sind, wurden auch diese auf meine Anregung in den Antrag aufgenommen.

Der Bundesvorstand wird sich mit weiteren Anträgen wie der Bildung einer Programmkommission befassen, der auch zwei Vertreter von IG, AG und Plattformen angehören sollen.

## Blockiert und umzingelt - Nach dem G8

Lange Schatten warfen die gewaltvollen Auseinandersetzungen bei der Internationalen Auftakt demonstration für die Proteste gegen den G8-Gipfel am 2. Juni in Rostock. Der mediale Fokus richtete sich auf die Sezierung der GlobalisierungskritikerInnen in friedliche und gewaltvolle, das Konstrukt des militanten „Schwarzen Blocks“ wurde aktiviert und schon glaubte man, dass die zwar unkoordinierte aber gewaltvolle Polizeistrategie, die ein Hauptgrund für die Eskalationen in Rostock war, ein Vorbote für die folgenden Aktionen ist. Doch es sollte anders kommen: Bilder von kraftvollen Blockaden gingen ab dem 6. Juni durch die internationale Presse. Die per Bundesverfassungsgerichts-Spruch bestätigte Demonstrationstheorie Zone im direkten Umfeld des

Zaunes, der die G8-StaatschefInnen und ihren Tross abschottete, war wieder angeeignet und die Zufahrt von offiziellen Gipfelteilnehmern behindert worden. Bis zum Ende des Gipfels wurden zwei der Blockaden gehalten, am so genannten Westtor des Zaunes dagegen gab es zwei brutale Räumungen. Auch die Massen“käfige“, in denen willkürlich Festgenommene zu unglaublichen Bedingungen eingesperrt waren, Schikanen der Polizei bei kleineren Aktionen, in den Camps und gegenüber RechtshilfevertreterInnen oder die Präsenz martialischer Bundeswehr-Panzer und Hubschraubern illustrieren die Angst wie auch die Willkür des bürgerlichen Staates. Denn schließlich stand und steht ein Großteil derer, die im Juni in Mecklenburg protestierten für eine

grundsätzlich andere Gesellschaft – jenseits des kapitalistischen Marktes und des jenen abschirmenden staatlichen Gewaltmonopols.

Das Leipziger Bündnis gegen G8, in dem auch die Leipziger LINKE mitgewirkt hat, hat inzwischen ein positives Resümee der Mobilisierung und Teilnahme an den Gipfelprotesten gezogen. Nun heißt es gewonnene Erfahrungen, Erkenntnisse und Kontakte in die Kämpfe einzuspeisen, die im lokalen Alltag anstehen. Die Aktivitäten gegen die wachsenden rechten Umtriebe einerseits und für den Verbleib öffentlicher Daseinsvorsorge in kommunaler Hand bieten dafür hinreichend Aktionsfelder.

Bei Interesse an Veranstaltungen zur Nachlese der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm meldet euch bitte bei Juliane Nagel, 0341 3081199, [Juliane.Nagel@linxxnet.de](mailto:Juliane.Nagel@linxxnet.de)

## Landesverband DIE LINKE. Sachsen gegründet



Am Wochenende des 14./15. Juli 2007 wurde in Chemnitz der Landesverband DIE LINKE. Sachsen gegründet. Im Mittelpunkt der zweitägigen Beratung standen neben den Wahlen eines neuen Landesvorstandes, der Wahlen der Mitglieder des Bundesausschusses, der Schiedskommission und der Finanzrevisionskommission die Beschlussfassung zur Gründungserklärung des Landesverbandes sowie der Beschluss von Landessatzung und Finanzordnung. Darüber hinaus wurden noch Anträge zum Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, zur Haltung der LINKEN zum geplanten Börsengang der Bahn AG, zum Mindestlohn und zur Durchführung einer Armutskampagne in Sachsen beschlossen.

Dem neuen Landesvorstand gehören nunmehr folgende Genossinnen und Genossen an:

Dr. Cornelia Ernst (Vorsitzende)  
Verena Meiwald (stv. Vorsitzende)  
Enrico Stange (stv. Vorsitzender)  
Sebastian Scheel (stv. Vorsitzender)  
Rico Gebhardt (Geschäftsführer)  
Heinz Pingel (Schatzmeister)  
Stefanie Götze (Sprecherin Gleichstellung)  
Gregor Henker (jugendpolitischer Sprecher)  
Gabriele Engelhardt  
Karin Höfer  
Kathrin Kagelmann  
Annekathrin Klepsch  
Kerstin Lauterbach  
Simone Luedtke

Juliane Nagel  
Veronika Petzold  
Martina Sacher  
Lisa Umlauf  
Sylke Zehrfeld  
Marco Götze  
Heiko Kosel  
Einde O'Callaghan  
Lutz Richter  
Klaus Schmole  
Thomas Westphal  
Tilo Wirtz  
Karl-Friedrich Zais

Die genauen Wahlergebnisse, die Dokumente und Beschlüsse sind alle im Internet unter:

[www.dielinke-in-sachsen.de](http://www.dielinke-in-sachsen.de)  
nachzulesen.

*Sören Pellmann*





## Kopflöser, rasender Troika-Galopp - SPD verabschiedet sich von berechenbarer Politik

Das Leipziger Privatisierungsfieber erreicht gefährliche Temperaturen. Während Stadträtin Ingrid Glöckner (SPD) von ihren Kollegen im Stadtparlament Selbstverständliches fordert, nämlich die Einhaltung von Beschlüssen, handelt die SPD so, als gelte dieser Grundsatz für sie selbst nicht. Wie sonst ist es zu erklären, dass jeder, der es hören wollte, in den vergangenen Tagen von einer Reihe SPD-Stadträte erfuhr, sie hätten erhebliche Bauchschmerzen mit der Stadtwerke-Privatisierung und verstünden den plötzlichen Galopp in Richtung LVV-Privatisierung nicht, während diese Partei offiziell zu erkennen gibt, sie teile die nächsten, unlogischen Schritte in dieser Richtung.

In der Ausgabe der Leipziger Volkszeitung vom 24. Juli 2007 äußert der SPD-Fraktionsvorsitzende Axel Dyck klipp und klar, dass er sich widerstandslos als Nummer Drei in die Privatisierung-Troika einspannen lässt, die seitens CDU und Bürgerfraktion/FDP schon heftig mit den Hufen scharrt und es gar nicht erwarten kann, das

kommunale Eigentum der Stadt Leipzig so schnell wie möglich zu verschern.

Was soll - wie ursprünglich gefordert - an dieser kopflöserigen Irrfahrt der Troika noch ergebnisoffen sein? Und wie will OB Jung noch den Eindruck erwecken, er halte auf dem Kutschbock die Zügel straff in der Hand, wenn sich die Gäule längst selbst ins Geschirr gespannt haben und ihrerseits auf den Kutscher warten, der offenbar die Orientierung für die rasende Fahrt verloren hat?

Die Linkspartei erwartet, dass bei der SPD endlich Vernunft einzieht. Wir müssen verhindern, dass durch den Verkauf der LVV-Anteile profitgierige Erwerber einen Durchgriff auf den öffentlichen Nahverkehr und das strategische Wirtschaftsgut Trinkwasser in Leipzig erhalten. Wer meint, wie der CDU-Fraktionsvorsitzende Achminow, mit dem Verkauf des Eigentums der Leipziger Wirtschaftsförderung oder gar Ansiedlungspolitik zu betreiben, sagt die Unwahrheit oder ignoriert leidige Erfahrungen. Alle bisherigen Anteilsverkäufe

öffentlicher Unternehmen führten zum Verlust von Aufträgen für die Leipziger Region. Sie dienten stattdessen dazu, überdimensionierte Managerbastionen im Westen weiter zu mästen, denn die wesentlichen Abrechnungsleistungen wanderten dorthin, wo die Wirtschaft sowieso schon florierte, und die Leipziger Stadtwerke mussten Personal abbauen.

Wenn die SPD nicht in der Lage ist, sich aus dem CDU-geführten Troika-Gespinn zu befreien, dann sollte sie wenigstens dem Bürger vertrauen und diesen über die Verkäufe entscheiden lassen. Ein Bürgerentscheid wäre der beste Weg, dem Wählerwillen Gehör zu verschaffen und die Leipziger darüber abstimmen zu lassen, ob sie weitere Privatisierungsmärchen hören wollen oder durchdachtere Perspektiven für die Kommunalwirtschaft bevorzugen. Wir erinnern die SPD gern an Versprechen und Zusagen aus dem vorjährigen OB-Wahlkampf, Kernbereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge unangestastet für engstirnige privatwirtschaftliche Verwertungsinteressen zu lassen, und fordern weiter „Stoppt den Anteilsverkauf der Stadtwerke“. **R. Engelmann**

## Weitere Erhöhung der Fahrpreise des MDV ist nicht mehr hinnehmbar

Alljährlich im Sommer ist es soweit: Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund (MDV) erhöht auch in diesem Jahr die Preise. Hintergrund sind neben den Erhöhungen der Energiepreise offenbar dramatische Kürzungen bei den Subventionen für Schüler und Schwerbehinderte durch den Bund und den Freistaat, die

die Kostenstruktur der Verkehrsbetriebe immer stärker belasten. Vor dem Hintergrund sinkender Haushaltseinkommen in Leipzig ist es nicht hinnehmbar, dass das auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger kompensiert wird. Wird diese Entwicklung fortgeschrieben, sind sinkende Fahrgastzahlen und

damit auch Umsatzeinbußen bei den Verkehrsunternehmen zu befürchten. Mit den Plänen der Leipziger Verwaltungsspitze zur Teilprivatisierung der Stadtwerke drohen zudem weitere Unwägbarkeiten für die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs. Mit ihr droht die Basis der Quersubventionierung der Verkehrsdienstleistungen innerhalb der LVV-Gruppe wegzubrechen.

**Dr. Ilse Lauter**

## Rückversicherungen dienen weder der Stadt noch ihren Unternehmen

Nach Pressemeldungen vom Wochenende musste LWB-Geschäftsführer Peter Stubbe nunmehr einräumen, selbst juristischen Beistand seines Chefjuristen, Herrn Klockzin, erhalten zu haben. Es ist zu befürchten, dass die Verstrickungen und Abhängigkeiten innerhalb der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft weiter ausgeprägt sind als bislang dargestellt.

Im März 2007 hat Herr Stubbe nach bekannt werden von strafrechtlich relevanten Vorwürfen gegen den Leiter

der Rechtsabteilung seines Unternehmens die gebotenen dienstrechtlichen Konsequenzen unterlassen.

Anfang Juli 2007 wurden die notwendigen Informationen an den Stadtrat noch als „Wasserstandsmeldungen“ disqualifiziert. Mit Blick auf die nunmehr bekannt gewordenen Sachverhalte drängt sich der Eindruck auf, dass Herr Stubbe den Ernst der Lage nicht erfasst hat. Die Salamitaktik des LWB-Geschäftsführers ist völlig unangebracht und kontraproduktiv. Auch

Oberbürgermeister Jung muss sich fragen lassen, ob die von Stubbe eingeforderte „dienstliche Erklärung“ der Situation gerecht wird.

Die Fraktion DIE LINKE steht für starke kommunale Unternehmen, auch im Bereich der Wohnungswirtschaft. Deshalb ist eine zügige und schonungslose Aufklärung aller Verdachtsmomente im Zusammenhang mit Immobiliengeschäften der LWB zwingend geboten. Nachholende Rückversicherungen, so viel steht fest, dienen weder dem Ansehen des Geschäftsführers noch dem der Stadt und ihrer Unternehmen.

**Dr. Ilse Lauter**

## Regelmäßige Termine

### Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr

### AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

### AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

### AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

### AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

### AG Praktika

dienstags, 19:00 Uhr

### AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

### AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, (Arbeitsberatung) und jeden 4. Dienstag, (thematische Veranstaltung), 18:00 Uhr, linxxnet.

### AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

### GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

### GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

### ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagisträle, Straße des 18. Oktober 10 a

### Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

### Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

### Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

### Die Linke.Hochschulgruppe

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

### Rentenberatung

Termine nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 14 06 44 11

### Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d.  
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

## Terminvorschau

### Di., 7. August 2007 - 18:00 Uhr

Marxistisches Forum: Die Dialektik von Nationalem und Internationalem im gegenwärtigen revolutionären Weltprozess mit Siegfried Kretschmar: Im Anschluss der Veranstaltung findet die Wahl des Delegierten zum 1. Stadtparteitag DIE LINKE statt. LHL.

### Sa., 1. September 2007 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen. Gezeigt wird der Film: Edelweißpiraten (mit Bela B von den Ärzten). Der Eintritt ist frei. LHL.

### Mi., 5. September 2007 - 19:00 Uhr

Konstituierung des Zusammenschlusses "Arbeitskreis soziale Gerechtigkeit, Ort wird mit der Einladung bekannt gegeben.

### Do., 6. September 2007 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: „Gesundheitsreform“. Zu Gast: Dr. Dietmar Pellmann und PhR. Friedrich Roßner. LHL.

### Mi., 19. September 2007 - 14:00 Uhr

Sitzung des Leipziger Stadtrates. Neues Rathaus, Stadtratssaal.

### Sa., 22. September 2007 - 9:00 Uhr

1. Stadtparteitag DIE LINKE. Stadtverband Leipzig, Tagungshotel Deutsche Telekom, Zschochersche Straße 69.

### Do., 27. September 2007 - 15:00 Uhr

Sprechstunde der Stadträtinnen Anne Draheim und Carola Lange. Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistraße 120.

### Fr., 28. September 2007 - 18:00 Uhr

„Erzählen & Schreiben“ Lesung und Begeg-

nung mit der Freitagswerkstatt / Verein Dialog e. V., AG LISA. LHL.

### Do., 4. Oktober 2007 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Positionen zum demokratischen Wandel und die Konsequenzen für DIE LINKE. Zu Gast: Dr. Marion Michel. LHL.

### Mi., 17. Oktober 2007 - 14:00 Uhr

Sitzung des Leipziger Stadtrates. Neues Rathaus, Stadtratssaal.

### Sa., 20. Oktober 2007 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen. Gezeigt wird der Film: South Park - Der Film. Der Eintritt ist frei. LHL.

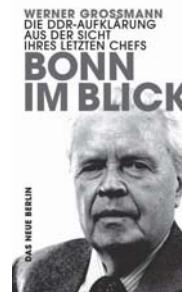
## Friedensfest zum Weltfriedenstag

Am Samstag, den 1. September 2007 veranstaltet das Leipziger Friedenszentrum mit Unterstützung des Stadtverbandes DIE LINKE. Leipzig ein Friedensfest. Die Veranstaltung beginnt 11:00 Uhr auf dem Burgplatz.

DIE LINKE. Leipzig wird auf dem Fest mit einem eigenen Informationsstand vertreten sein. Gleichfalls ist dieses Fest der Auftakt für DIE LINKE. Leipzig für die bundesweite Kampagne "Bundeswehr raus aus Afghanistan". An diesem Tag sollen bis zur bundesweiten Demo am 15. September täglich stadtweit Informationsstände stattfinden.

## Buchpremiere

Am Montag, den 3. September 2007, 18:00 Uhr findet im Liebknecht Haus, Braustraße 15, die Buchpremiere mit Werner Großmann statt. Der Titel des Buches: "Bonn im Blick - Die DDR-Aufklärung aus der Sicht ihres letzten Chefs.



### Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtverband Leipzig, Braustraße 15, 04 107 Leipzig, fon: 034 1 - 14 06 44 11, fax: 034 1 - 14 06 44 18  
web: www.die-linke-in-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, KontoNr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann, Christine Halle, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig, Hauptamt

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 9/2007 ist Samstag, 22. September 2007. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.